

Begrüßungsrede Dirk Schulze, Erster Bevollmächtigter IG Metall Hannover  
1. September 2021

Ich darf Euch und Sie herzlich begrüßen zu unserer gemeinsamen Veranstaltung von der Landeshauptstadt Hannover und der IG Metall.

Als ich mir in den letzten Wochen überlegt habe, was die richtigen und notwendigen Worte hier an diesem Antikriegstag sein müssen, war klar: Es geht um Afghanistan.

Es geht um den gescheiterten internationalen Militäreinsatz. Wir sehen, hören und lesen jeden Tag davon und machen uns insbesondere Sorgen um die katastrophalen Folgen für die zivile Bevölkerung.

Viele Beobachter\*innen bewerten den internationalen Einsatz am Hindukusch – zurecht – als Fehlschlag und sehen die Strategie eines (militärisch gestützten) Aufbaus demokratischer Staatlichkeit in Afghanistan als gescheitert an. Viele Menschen wollen fliehen, sie haben Angst, Todesangst. Opfer der Situation in Afghanistan sind Aktivist\*innen, die sich für Menschenrechte und Demokratie einsetzen oder gesellschaftliche Strukturen aufbrechen wollten, Journalist\*innen unabhängiger Medien, die die weitverbreitete Korruption im Land anprangerten und Gewerkschafter\*innen, die sich für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen einsetzten, insbesondere auch für die Verbesserung der Lage der Frauen.

Viel wird zurzeit richtigerweise über die sog. Ortskräfte gesprochen. Was nicht jeder weiß ist folgendes: Aber die Situation der Ortskräfte hat sich in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Mit Wissen der Bundesregierung! Seit 2016 wurden ortsansässige Kräfte bewusst über lokale Subunternehmen beschäftigt. Das schiebt die Verantwortung der deutschen Einrichtungen für die lokalen Beschäftigten ab, die rechtlos ihrem Schicksal überlassen werden, weil sie formaljuristisch nicht direkt bei deutschen Arbeitgebern beschäftigt waren. Statt „werteorientiert“ zu handeln, wurde Verantwortung abgeschoben.

Insbesondere bei einigen Politikern der Eindruck: Die Vermeidung neuer Flüchtlingsströme wird höher gewichtet als das Leben von Menschen. Jedenfalls müssen wir feststellen: Die meisten Ausreisewilligen Menschen haben es bis zur Beendigung der Luftbrücke nicht mehr geschafft, das Land zu verlassen. Die Chancen über Nachbarländer auszureisen sind zurzeit eher gering.

Ich frage: Warum hat Deutschland nicht schon seit Mai evakuiert wie Frankreich. Warum?

Im Gegenteil, Herr Seehofer wollte bis vor kurzem noch nach Afghanistan abschieben. „2015 darf sich nicht wiederholen“ ein menschenverachtender, zynischer, ja tödlicher Satz, von Herrn Laschet.

Die IG Metall und die Friedrich-Ebert-Stiftung unterstützen übrigens seit vielen Jahren die afghanische Multibranchengewerkschaft NUAWA. Sie ist/war ein wichtiger Akteur der Zivilgesellschaft. Das Ziel ist (oder : war) eine stärkere Verankerung der Gewerkschaft in der Gesellschaft und im Reformprozess in Afghanistan. Das ist nun weitestgehend ... kaputt.

Viele der aktiven Kolleginnen und Kollegen wollen oder müssen flüchten, sie sind bedroht. Die IG Metall, der DGB und die FES setzen sich für Freilassung unserer afghanischen Kolleginnen und Kollegen ein.

Nach der Beendigung der militärisch gesicherten Luftbrücke müssen jetzt andere Wege gefunden werden, bedrohte Menschen aus dem Land zu bringen und sie im Westen aufzunehmen, das ist zumindest meine Meinung!

Klar: Auch die Nachbarstaaten sollen unterstützen und unterstützt werden. Vor wenigen Tagen habe ich im Radio eine Meldung gehört, die mich einige Sekunden gefreut hat, aber dann nachdenklich gemacht hat.

„Laut einer Umfrage sind 2/3 der Menschen in Deutschland dafür, dass in Afghanistan mit dem Leben bedrohte Menschen in Deutschland Schutz geboten wird“ Klingt hart? 1/3 ist also dagegen... das ist deutlich mehr als die bekannten 8-10 % der Bevölkerung, die ein rechtsextrems Weltbild haben und fremdenfeindlich sind.

Was bleibt nach 20 Jahren? Was bleibt ist die über diese Tage hinausgehende Erkenntnis: Der Einsatz in Afghanistan hinterlässt ein politisches Desaster: aus drei Gründen:

1. Wegen politischer Fehleinschätzungen zum Erfolg militärischer Einsätze
2. Wegen der (Fehl-) Einschätzung der Stabilität der bisherigen afghanischen Regierung und
3. Wegen der (Fehl-) Einschätzung zur Stärke der Taliban.

Das alles ist bitter!

Es gab und gibt in Afghanistan große und wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme, Armut ist weit verbreitet. Wir fordern die Bundesregierung auf, aus den begangenen Fehlern solch eines militärischen Einsatzes zu lernen. Und das meine ich nicht nur in Bezug auf Afghanistan!

Meine Damen und Herren, Liebe Kolleginnen und Kollegen:

Wir wollen: Abrüstung, Entspannung und Frieden / Wir sind gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Abschottung von Gesellschaften.

Kolleginnen und Kollegen,

ich werde konkret: In wenigen Tagen ist Kommunalwahl, in 3 ½ Wochen schon Bundestagswahl: Abrüstung und Entspannung kann man wählen. Heute gehört Deutschland zu den Ländern mit den größten Rüstungsausgaben (Platz 7). Und die unglaubliche Zahl von 47 Milliarden Euro pro Jahr soll sich, wenn es nach dem Willen der Noch-Kanzlerin und Frau Kramp Karrenberger geht, nun mit bis zu 20 Milliarden Euro steigern bis 2030.

Wir wollen das nicht!

- Wir wollen Abrüstung und Entspannung
- Wir wollen lieber mehr Ausbau im sozialpolitischem Bereich
- Die Pflegesituation soll stabilisiert werden, der Zusammenbruch verhindert werden
- In den Bildungsfragen in Deutschland sind etliche andere Staaten (aus unterschiedlichen Gründen) weiter als wir
- Die Energiewende kommt zu langsam voran (nur mit öffentlichen Druck)
- Die Digitalisierung steht noch in den Kinderschuhen, in den Behörden, in den Betrieben und auch privat wär`s nicht schlecht, wir könnten alle schon Glasfaser nutzen. Investition in die Infrastruktur ist unbedingt geboten – die schwarze Null D ist Mist und muss weg!
- Es gibt in Deutschland immer noch keine Garantie, dass junge Leute/Schulabgänger einen Ausbildungsplatz bekommen
- Es gibt leider keine Sicherheit für die Rente und auch nicht für das Renteneinstiegsalter

- Und es gibt in Deutschland keine wirkliche Mitbestimmung und Beteiligung der Belegschaften bei wirtschaftlichen Angelegenheiten. Selbst die sogenannte paritätische Mitbestimmung im AR ist eben nicht wirklich gleichberechtigt!

Engagement lohnt sich also, die Themenvielfalt und Handlungsnotwendigkeit ließe sich um dutzende weitere Themen ausdehnen, lokal wie bundesweit wie international. Schön, dass ihr heute hier seid, bitte geht zur Wahl am 12. und 26. September, bitte bleibt oder werdet aktiv denn:

Der Markt regelt eben nicht alles von alleine. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus ist eben nicht das Maß aller Dinge, das wir unkritisch hinnehmen sollten.

Es braucht unsere Gegenwehr, es braucht Korrekturen, Eindämmung und Reformen mindestens.

Gerade heute danke ich Euch für Euer Statement gegen noch höhere Rüstungsausgaben und die Philosophie der Abschreckung. Danke für euer Statement für den Frieden. Danke für Eure Haltung!

Ich danke den Künstlern und Technikern, die heute wieder dabei sind, ich danke unserer Jugend für ihren aktiven Beitrag, das ist ja der Haupt-Act, und ich danke dem 1. Bürgermeister der Landeshauptstadt, Thomas Hermann von der SPD, der nun das Wort von mir bekommt.

Vielen für die Aufmerksamkeit!